

Schriftliche Frage des Abgeordneten MdB Andrej Hunko  
vom 10. Oktober 2011  
(Monat Oktober 2011, Arbeits-Nr. 10/59)

---

Frage

*Ist die Bundesregierung (auch wenn hierzu keine gesonderten Statistiken geführt werden) in der Lage mitzuteilen, wie oft Bundesbehörden 2010 und 2011 von Schadprogrammen zum Ausforschen von Quellenkommunikation („Bundestrojaner“) Gebrauch machten, und ob die hierfür verwendete Software über die technische Möglichkeit verfügt, gegebenenfalls Module aus dem Internet nachzuladen, um auch auf das Dateisystem des angegriffenen Rechners zuzugreifen?*

Antwort

In den Jahren 2010 und 2011 wurden in insgesamt 16 Fällen im Bereich des BundesBundeskriminalamts (BKA) und 5 Fälle im Bereich des Zollkriminalamts angeordnet. In weiteren 7 Fällen hat das BKA in Amtshilfe für die Bundesländer Quellentelekommunikationsüberwachung betrieben.

Soweit sich die Frage auf die auf der Grundlage des §§ 1 Absatz 1, 3 Absatz 1 und 3 G10-Gesetz durchgeführte Quellentelekommunikationsüberwachung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bezieht, kann eine detaillierte Auskunft an dieser Stelle nicht erfolgen. Eine Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Fragen würde, bisheriger Praxis entsprechend, als Bundestagsdrucksache publiziert und somit öffentlich. Damit würden spezifische Informationen zur Tätigkeit des BfV einem nicht eingrenzbaeren Personenkreis nicht nur im In- sondern auch im Ausland zugänglich.

Durch die Kenntnis über die Häufigkeit der Durchführung derartiger Maßnahmen durch das BfV wären Rückschlüsse auf dessen Arbeitsweise möglich.

Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung daher zu der Auffassung gekommen, dass die Auskunft über die Anzahl von Quellentelekommunikationsüberwachungen des BfV geheimhaltungsbedürftig ist. Die Bundesregierung wird das Informationsrecht des Deutschen Bundestages unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen beachten. Eine weitergehende Beantwortung der Frage wird bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt.

Die vorgenannte Überwachung verschlüsselter Telekommunikation erfolgte durch eine für jeden Einzelfall gemäß den richterlichen Vorgaben bzw. denen der G10-Kommission programmierte Überwachungssoftware. Die Überwachung durch die eingesetzte Software ist auf laufende Telekommunikationsvorgänge beschränkt. Eine Ausleitung anderer Daten oder ein Zugriff auf Daten, die auf dem zu überwachenden Rechner gespeichert sind - so genannte "Online-Durchsuchung" - ist nicht möglich. Eine technische Manipulation dieser Software ist durch die ermittelnde Stelle nicht möglich.